

Angespannte Personalsituation auch in der Jugendstrafanstalt

Von Stefan Schulz

Der Personalnotstand in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Tegel hat zu scharfer Kritik der Opposition geführt. Der CDU-Abgeordnete Michael Braun sagte, Justizsenatorin Karin Schubert (SPD) sei „im Amt völlig überfordert“.

FDP-Justizexperte Christoph Meyer warf ihr „Beschwichtigen, Abstreiten, Blindstellen“ vor, statt durchführbare Sicherheitskonzepte vorzulegen. Der justizpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Volker Ratzmann, sprach von einem „drückenden Personalproblem“ im Strafvollzug. „Wenn da nichts passiert, fliegt uns der Laden bald um die Ohren“, sagte Ratzmann. Am Donnerstag soll sich der parlamentarische Rechtsausschuss damit beschäftigen. Darüber hinaus steht die Flucht eines Verbrechens aus dem Landgericht auf der Tagesordnung.

Der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats der Berliner Justiz, Joachim Jetschmann, sagte gestern, die Arbeitssituation sei nicht nur in der JVA Tegel hoch brisant. Auch in der Jugendstrafanstalt am Charlottenburger Friedrich-Olbricht-Damm gebe es gravierende Personalprobleme. Dort seien die 528 Haftplätze ständig mit 116 Prozent überbelegt. 89 neue Haftplätze in Plötzensee sollen die Anstalt entlasten. Jetschmann: „Die Justizverwaltung und die Justizsenatorin verlangen allerdings, dass die Beamten den neuen Bereich ohne zusätzliches Personal übernehmen, obwohl 25 weitere Beamte im allgemeinen Vollzugsdienst notwendig wären.“ Dabei seien von den 295 Planstellen 25 nicht besetzt. Zudem sollen neun Mitarbeiter auch noch für das Justizvollzugskrankenhaus abgezogen werden.

Die angespannte Personalsituation in der Justiz entstand auch durch 44 erkrankte Beamtinnen, zumal 43 Mitarbeiter des Vollzugsdienstes in der Haupturlaubszeit in die Ferien gefahren sind und 40 Beschäftigte ihre Überstunden absummeln. „Dies alles hat die Verantwortlichen in der Berliner Justiz nicht veranlasst, angemessen tätig zu werden“, kritisiert Jetschmann. Das Sicherheitsrisiko sei „von der Anstaltsleitung und den Beamten in der Jugendstrafanstalt nicht mehr zu handhaben“.

Die Sprecherin der Justizsenatorin, Juliane Baer-Henney, wies dies zurück. „Berlin liegt trotz der Haushaltslage im Bundesdurchschnitt und ist völlig normal besetzt. Wir sind froh, dass es keine Sicherheitsrisiken gibt.“ Gleichwohl sei klar, dass die „schmerzhaften Einschnitte“ auch an der Justizverwaltung nicht spurlos vorübergegangen seien, sagte die Justizpressesprecherin.